

Bamberg-Land



Fränkischer
startet große
LANDKREIS

Weiter Weg zur Umgehung

17.8.14

VERKEHR In Geisfeld warten viele schon seit 35 Jahren auf die Ortsumgehung. Der Gemeinderat verliert sich nun erneut in zähen Debatten.

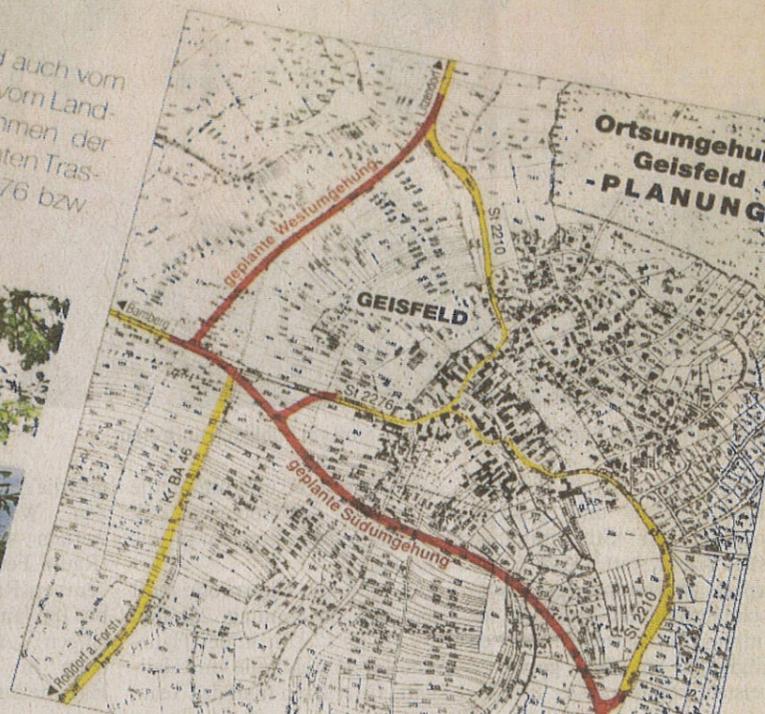
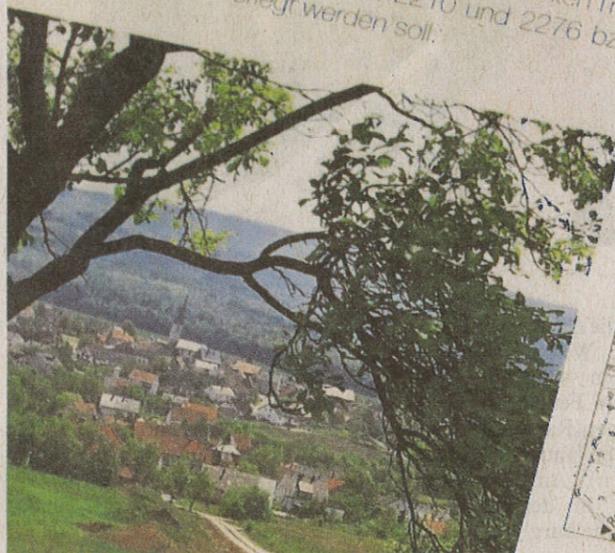
VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED HANS KURZ

Strullendorf – Alle wollen, dass es in Geisfeld endlich voran geht. Im Prinzip. Der neue Bürgermeister Wolfgang Desel (CSU) hat sich selbst die Messlatte hoch gehängt: Noch in diesem Jahr soll eine Entscheidung über die Ortsumgehung getroffen werden. Und die Neue Liste (NL) hat im Strullendorfer Gemeinderat einen Antrag zur „Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes zur Verbesserung der bestehenden Verkehrssituation“ eingebracht. Grund zur Freude für diejenigen Geisfelder, die seit nunmehr 35 Jahren auf die Umgehungsstraße warten?

Nach der gut einstündigen intensiven, aber auch zermürbenden Diskussion im Gemeinderat, die sich zum Schluss nur noch um einzelne Formulierungen drehte, verließen sie jedoch eher kopfschüttelnd den Sitzungssaal. Ihre Befürchtung: Alles verzögert sich weiter – und die Staatskasse wird nicht immer so gut gefüllt sein, um die derzeit zur Verfügung stehenden Fördermittel zu sichern. „Das Geld läuft davon“, meinte etwa Willi Odenbach von der „Interessengemeinschaft Geisfelder Umgehung“. Mehr als 300 Unterschriften haben sie gesammelt und dem Bürgermeister zusammen mit einer langen Liste guter Gründe zukommen lassen.

Bei aller Betonung darauf, nur das Beste für Geisfeld und die Geisfelder zu wollen, wurde im Rat jedoch deutlich, dass die einen das mit und die anderen ohne den Bau der Umgehungsstraßen wollen. So beklagte Petra Schwantes (NL), dass es bisher nur Planungen für die Umgehung, aber nicht für eine inner-

Ö. Öffentliche Planungen
Im Zuge des Flurbereinigerungsverfahrens wird auch vom Freistaat Bayern (Straßenbauverwaltung) und vom Landkreis Bamberg Land erworben, das im Rahmen der Neuverteilung der Grundstücke in die neugeplanten Trassen der Staatsstraßen St 2188, 2210 und 2276 bzw. Kreisstraße BA 46 verlegt werden soll.



Der Prospekt zur 1979 begonnen Flurbereinigung zeigt die geplanten Straßen. Vom damaligen Landtagsabgeordneten Philipp Vollkommer (CSU) ist dazu die Aussage überliefert: „Ohne Umgehungen ist die Dorferneuerung nur eine halbe Sache und rausgeschmissenes Geld.“ Foto: hak

örtliche Lösung gebe, wo aber an der Straße dringender Sanierungsbedarf bestehe. Christian Beickert (SPD) unterstützte den Antrag und wollte ihn dahingehend verstanden wissen, dass die Gemeinde sowohl für die Umgehung als auch für innerorts Planungsaufträge verberge. Sebastian Kehl (NL) plädierte dafür, dass ein Planungsbüro klären solle, „wie für die Bewohner von Geisfeld Entlastung ohne Umgehung geschaffen werden“ könne.

Beschränkte Planungshoheit

Philipp Spörlein (CSU) wies jedoch darauf hin, dass für entsprechende Pläne zur Verkehrsberuhigung sei eine Umgehung die Voraussetzung. „Wenn nicht, bleibt es immer Staatsstraße“, stellte er fest. Worauf Beickert, Kehl und Schwantes nicht eingingen, war die Frage, was ein Plan für den Ortsbe-

reich planen soll. Eigentlich müsste er zwei Planungsaufträge bekommen: einmal für den Fall, dass die Umgehungsstraßen gebaut werden, und einmal für eine Lösung ohne Umgehungsstraße. Bleibt der Durchgangsverkehr jedoch im Ort und die Ortsdurchfahrt folgerichtig Staatsstraße, so wären die Planungsmöglichkeiten äußerst gering. Über verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie Verengungen, Überwege, Ampeln oder Tempolimits kann die Gemeinde nämlich nicht entscheiden. Auch nicht über den Sanierungsbedarf. Fehlende Gehwege können nicht gebaut werden, obwohl die Anwohner bereit sind, sich an den Kosten zu beteiligen.

Doch um die entscheidende Frage, Umgehung ja oder nein, ging es in der Sitzung gar nicht, sondern um den Weg, wie notwendigen Informationen für eine Entscheidung gesammelt

werden sollen. Bürgermeister Desel meinte, er habe sich schon „ein bisschen geärgert“ über den Antrag, der ja nichts anderes wolle, als das, was er sich ohnehin auf die Fahnen geschrieben habe. Der Antrag sei also nicht nötig. „Ich brauche keinen der sagt: ‚Junge, geh los und mach’s‘“, meinte Desel. Zudem habe er Bedenken, dass nicht alle geforderten exakten Angaben von den entsprechenden Behörden beizubringen seien.

Am Ende geht es um ein Wort

Georg Dresel und Markus Dorscht (beide CSU) sprangen ihren Parteifreund bei und baten darum den Bürgermeister und die Verwaltung das Thema so abarbeiten zu lassen, wie es nun begonnen worden sei. „Die detaillierte Liste „treibt das Ganze nicht voran, sondern blockiert es“, kritisierte Dresel. Werner Hage (Bürgerblock) vermutete

eine Verzögerungstaktik hinter dem Antrag und verwies auf frühere Beschlüsse und bereits vorliegende Zahlen. Dass der Antrag dann doch mit nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde, lag schließlich daran, dass man sich darauf verständigte, ein Wort auszutauschen: Statt „... sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen“ heißt es nun „sollen die folgenden Punkte berücksichtigt werden.“

Das Streitthema Umgehung Geisfeld bleibt dem Strullendorfer Gemeinderat also mindestens bis zum Jahresende erhalten. Länger wollen die Anwohner der Durchgangsstraßen aber wirklich nicht mehr warten. „Die Dorferneuerung, die 1979 angefangen wurde, kann erst vollendet werden, wenn wir eine Verkehrsberuhigung bekommen. Und die kann es nur mit den Umgehungsstraßen geben“, sagt etwa Manfred Kestler



Weiter Weg zur Umgehung

17.8.14

VERKEHR In Geisfeld warten viele schon seit 35 Jahren auf die Ortsumgehung. Der Gemeinderat verliert sich nun erneut in zähen Debatten.

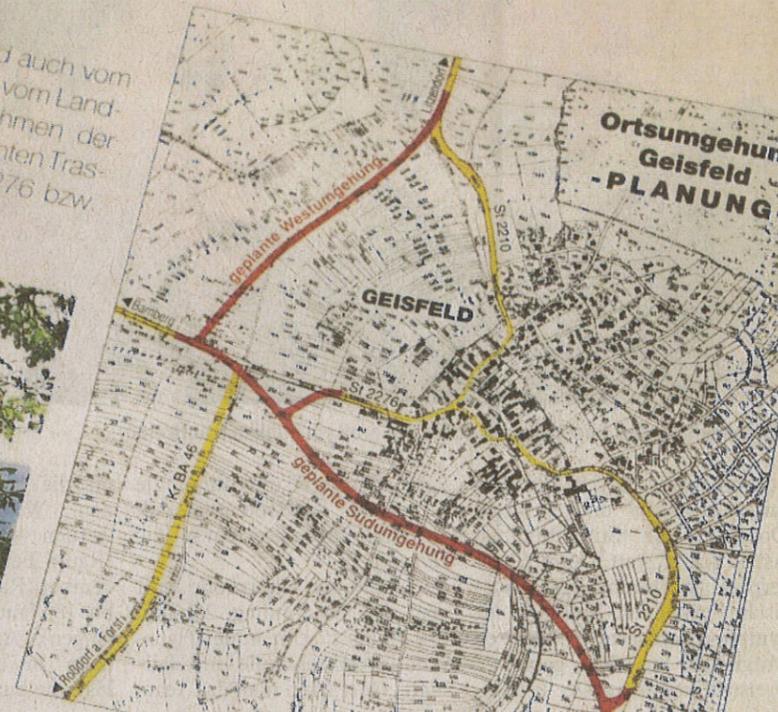
VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED HANS KURZ

Strullendorf – Alle wollen, dass es in Geisfeld endlich voran geht. Im Prinzip. Der neue Bürgermeister Wolfgang Desel (CSU) hat sich selbst die Messlatte hoch gehängt: Noch in diesem Jahr soll eine Entscheidung über die Ortsumgehung getroffen werden. Und die Neue Liste (NL) hat im Strullendorfer Gemeinderat einen Antrag zur „Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes zur Verbesserung der bestehenden Verkehrssituation“ eingebracht. Grund zur Freude für diejenigen Geisfelder, die seit nunmehr 35 Jahren auf die Umgehungsstraße warten?

Nach der gut einstündigen intensiven, aber auch zermürbenden Diskussion im Gemeinderat, die sich zum Schluss nur noch um einzelne Formulierungen drehte, verließen sie jedoch eher kopfschüttelnd den Sitzungssaal. Ihre Befürchtung: Alles verzögert sich weiter – und die Staatskasse wird nicht immer so gut gefüllt sein, um die derzeit zur Verfügung stehenden Fördermittel zu sichern. „Das Geld läuft davon“, meinte etwa Willi Odenbach von der „Interessengemeinschaft Geisfelder Umgehung“. Mehr als 300 Unterschriften haben sie gesammelt und dem Bürgermeister zusammen mit einer langen Liste guter Gründe zukommen lassen.

Bei aller Betonung darauf, nur das Beste für Geisfeld und die Geisfelder zu wollen, wurde im Rat jedoch deutlich, dass die einen das mit und die anderen ohne den Bau der Umgehungsstraßen wollen. So beklagte Petra Schwantes (NL), dass es bisher nur Planungen für die Umgehung, aber nicht für eine inner-

1. Öffentliche Planungen
Im Zuge des Flurbereinigerungsverfahrens wird auch vom Freistaat Bayern (Straßenbauverwaltung) und vom Landkreis Bamberg Land erworben, das im Rahmen der Neuverteilung der Grundstücke in die neu geplanten Trassen der Staatsstraßen St 2188, 2210 und 2276 bzw. Kreisstraße BA 46 verlegt werden soll.



Der Prospekt zur 1979 begonnenen Flurbereinigung zeigt die geplanten Straßen. Vom damaligen Landtagsabgeordneten Philipp Vollkommer (CSU) ist dazu die Aussage überliefert: „Ohne Umgehungen ist die Dorferneuerung nur eine halbe Sache und rausgeschmissenes Geld.“ Foto: hak

örtliche Lösung gebe, wo aber an der Straße dringender Sanierungsbedarf bestehe. Christian Beckert (SPD) unterstützte den Antrag und wollte ihn dahingehend verstanden wissen, dass die Gemeinde sowohl für die Umgehung als auch für innerorts Planungsaufräge verberge. Sebastian Kehl (NL) plädierte dafür, dass ein Planungsbüro klären solle, „wie für die Bewohner von Geisfeld Entlastung ohne Umgehung geschaffen werden“ könne.

Beschränkte Planungshoheit

Philipp Spörlein (CSU) wies jedoch darauf hin, dass für entsprechende Pläne zur Verkehrsberuhigung sei eine Umgehung die Voraussetzung. „Wenn nicht, bleibt es immer Staatsstraße“, stellte er fest. Worauf Beckert, Kehl und Schwantes nicht eingingen, war die Frage, was ein Planer für den Ortsbe-

reich planen soll. Eigentlich müsste er zwei Planungsaufträge bekommen: einmal für den Fall, dass die Umgehungsstraßen gebaut werden, und einmal für eine Lösung ohne Umgehungsstraße. Bleibt der Durchgangsverkehr jedoch im Ort und die Ortsdurchfahrt folgerichtig Staatsstraße, so wären die Planungsmöglichkeiten äußerst gering. Über verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie Verengungen, Überwege, Ampeln oder Tempolimits kann die Gemeinde nämlich nicht entscheiden. Auch nicht über den Sanierungsbedarf. Fehlende Gehwege können nicht gebaut werden, obwohl die Anwohner bereit sind, sich an den Kosten zu beteiligen.

Doch um die entscheidende Frage, Umgehung ja oder nein, ging es in der Sitzung gar nicht, sondern um den Weg, wie notwendigen Informationen für eine Entscheidung gesammelt

werden sollen. Bürgermeister Desel meinte, er habe sich schon „ein bisschen geärgert“ über den Antrag, der ja nichts anderes wolle, als das, was er sich ohnehin auf die Fahnen geschrieben habe. Der Antrag sei also nicht nötig. „Ich brauche keinen der sagt: ‚Junge, geh los und mach’s‘“, meinte Desel. Zudem habe er Bedenken, dass nicht alle geforderten exakten Angaben von den entsprechenden Behörden beizubringen seien.

Am Ende geht es um ein Wort

Georg Dresel und Markus Dorscht (beide CSU) sprangen ihren Parteifreund bei und baten darum den Bürgermeister und die Verwaltung das Thema so abarbeiten zu lassen, wie es nun begonnen worden sei. „Die detaillierte Liste „treibt das Ganze nicht voran, sondern blockiert es“, kritisierte Dresel. Werner Haas (Bürgerblock) vermutete

eine Verzögerungstaktik hinter dem Antrag und verwies auf frühere Beschlüsse und bereits vorliegende Zahlen. Dass der Antrag dann doch mit nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde, lag schließlich daran, dass man sich darauf verständigte, ein Wort auszutauschen: Statt „... sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen“ heißt es nun „sollen die folgenden Punkte berücksichtigt werden.“

Das Streitthema Umgehung Geisfeld bleibt dem Strullendorfer Gemeinderat also mindestens bis zum Jahresende erhalten. Länger wollen die Anwohner der Durchgangsstraßen aber wirklich nicht mehr warten. „Die Dorferneuerung, die 1979 angefangen wurde, kann erst vollendet werden, wenn wir eine Verkehrsberuhigung bekommen. Und die kann es nur mit den Umgehungsstraßen geben“, sagt etwa Manfred Kestler.